Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 31. Januar 1879. Nr. 52.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Februar und März für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 M. 35 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin**, 30. Januar. Die Reichs-Kommission hat die Beschwerde der hiesigen deutschen Associations-Druckerei wegen des Verbots der Zeitschrift: „Die Zukunft“ zurückgewiesen. Zur Rechtfertigung des Verbots wird auf die umfassenden und erschöpfenden Entscheidungsgründe des Polizei-Präsidiums als vollkommen genügend hingewiesen, in Bezug auf die Behauptung aber, daß die „Zukunft“ eine wissenschaftliche Zeitschrift sei, Folgendes hinzugefügt: Daß die in Frage stehende Zeitschrift nicht unter die Rubrik eines wissenschaftlichen Journals eingereiht werde könne, ergebe nicht nur ihre Entstehungs-Geschichte, da sie durch Beschluß des im Jahre 1877 zu Gotha abgehaltenen Sozialisten-Kongresses zu dem Zwecke gegründet wurde, um als Kampfmittel für das sozialistische Centralwahlkomité Deutschlands zu dienen, und da, daß sie vornehmlich zu Agitationszwecken einer politischen Partei zu dienen habe, auch in dem dem ersten Hefte vorgedruckten Vorwort ausdrücklich ausgesprochen sei, sondern auch ihr bisheriger Inhalt. Aus allen Artikeln erhelle, daß es dem Herausgeber nicht um die systematische Erforschung und Darstellung der Wahrheit, was allein der Zweck der Wissenschaft sei, zu thun gewesen, sondern daß er lediglich von der Absicht geleitet worden, die Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu fördern, für den zur Verwirklichung der sozialistischen Idee nothwendigen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise Propaganda zu machen und daß lediglich zur Maskirung dieser gemeingefährlichen Tendenz hie und da den einzelnen Aufsätzen das Gewand einer wissenschaftlichen Erörterung umgehängt worden sei.

Die Mittheilung der „Köln. Ztg.“ über eine voraussichtlich neue Phase der Erwägungen in Betreff des Welfenfonds hat vielfache Bemerkungen in der Presse hervorgerufen, die zum Theil der Berichtigung bedürfen. Die Behauptung, daß Fürst Bismarck neuerdings allein über den Welfenfonds disponire, ist ebenso unrichtig, wie die andere, daß die übrigen Minister vor einiger Zeit abgelehnt hätten, sich an der Verwendung des Fonds weiter zu betheiligen. Wenn ferner die von der „Köln. Ztg.“ angekündigten Erwägungen auf eine früher vom Finanzminister gegebene Anregung zurückgeführt werden, so ist, abgesehen von der irrigen Deutung dieser früheren Anregung, zu bemerken, daß die „Köln. Ztg.“ ausdrücklich von Erwägungen spricht, welche durch das Verhalten des Herzogs von Cumberland neuerdings veranlaßt worden seien. Damit erledigen sich die sonstigen an die Nachricht geknüpften bereits landläufigen Betrachtungen über die bisherige Verwendung des Welfenfonds. Man darf sich versichert halten, daß die Aufrechthaltung dieses vermeintlichen Benefizes der Regierung keinen Faktor bei den Erwägungen der letzteren über die Behandlung der Angelegenheit bildet.

Die Angaben verschiedener Blätter über die Resultate der kommissarischen in Bezug auf die Abwehr der Pest gepflogenen Berathungen sind hauptsächlich Kombinationen. So ist es z. B. unwahr, daß die Entsendung von zehn Aerzten nach Astrachan beschlossen worden. An den noch fortgesetzten Berathungen nehmen Professor Hirsch von hier und Professor Pettenkofer aus München Theil.

Berlin, 31. Januar. Der Klub der Landwirthe, welcher in Berlin seinen Sitz hat, tagte am Dienstag unter starker Betheiligung von Mitgliedern des hier versammelten deutschen Landwirthschaftsrathes. Der Abg. von Schorlemer-Alst hielt einen Vortrag über die Organisation der von ihm gegründeten westfälischen Bauernvereine. Derselbe wurde mit großem Interesse aufgenommen. Redner warnte mit Recht davor, die westfälische Organisation einfach nachzuahmen, da zu einem westfälischen Bauernvereine vor Allem westfälische Bauern gehören, ein Material, das leider nicht überall zu finden ist.

In der Versammlung waren die wirthschaftlichen Tagesfragen Gegenstand eifriger Diskussion, wobei selbstverständlich die vom Reichskanzler vorgeschlagenen Kornzölle das Hauptthema bildeten. Nicht alle Landwirthe stimmten den Auffassungen des Reichskanzlers bei und vornehmlich war man getheilter Meinung über die etwaige Höhe der einzuführenden Zölle. Diejenigen, welche sich für einen niedrigen Zoll aussprachen, stützten sich auf eine nicht geringere Autorität, als jene des gegenwärtigen Vorsitzenden der Reichs-Tarif-Kommission, Herrn von Varnbüler, welcher in früheren Zeiten nur 20 Pf. pro Centner in Vorschlag brachte. Sollte sich derselbe heute zu einem Zoll von 50 Pf. entschlossen haben, so würde er unter einem ansehnlichen Theil der Landwirthe auf eine nicht zu unterschätzende Gegnerschaft stoßen. Als Beweis dafür dürfen wir anführen, daß von einflußreichen Mitgliedern des Landwirthschaftsrathes, sowie von hervorragenden Mitgliedern des Klubs der Landwirthe der Wunsch ausgesprochen wurde, die Presse möge speziell betonen, daß Herr von Varnbüler während seines vieljährigen Feldzuges für den Schutz der nationalen Arbeit stets den Grundsatz verfochten habe, daß die vaterländische Industrie nur bei einem 20 Pfennig-Zoll für Getreide bestehen könne. Man sieht aus diesen Mittheilungen, daß die Meinungen unter den Landwirthen über die Getreidezölle noch keineswegs abgeklärt sind.

— Heute trat die durch 7 Mitglieder verstärkte Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses in Berathung über den Nachtrags-Etat der Justizverwaltung und beschloß auf Antrag des Abg. Lasker den Gehalt der Oberlandesgerichts-Präsidenten von 11,400 Mark des Etats auf 14,000 Mark, den der Oberlandesgerichtsräthe auf 4800 Mark bis 6600 Mark (statt 4800 bis 6000 Mark) und den der Land- und Amtsrichter auf 2400 Mark bis 6000 Mark (statt 2400 bis 5400 Mark) zu erhöhen.

— „Offiziös“ wird geschrieben: Die Erklärung, welche der Finanzminister in der Budgetkommission hinsichtlich der kurz, aber fälschlich als Quotisirung bezeichneten Frage abgegeben hat, war von demselben zunächst nur als seine persönliche Auffassung kundgegeben worden. Wie uns zuverlässig versichert wird, entspricht die Erklärung des Finanzministers der Ansicht des Reichskanzlers wie des gesammten Staatsministeriums.

— Die Presse in Rußland ist durch die gewaltige Wirkung, die von der Pest in Deutschland und Oesterreich hervorgebracht wird, natürlich mit erfaßt worden und beschäftigt sich etwas lebhafter mit der Sache.

Zu den deutsch-österreichischen Vorbereitungen schreibt der „Golos“:

„Wir sehen keinen Grund, um gegen solche Vorsichtsmaßregeln Seitens unserer Nachbarn zu protestiren. Die Wiener Kommission verfolgt streng ihr einmal festgesetztes Ziel. Sie muß vor allen Dingen die aufgeregte öffentliche Meinung der Länder beruhigen, die ihre Delegaten zu derselben entsandt haben. Ihr Wunsch, die Frage durch Spezialisten, zu denen sie volles Vertrauen hat, untersuchen zu lassen, durch Spezialisten, die zudem vor ihr völlige Verantwortung zu tragen haben für ihre Berichte — ist vollkommen gesetzlich. Wir sind überzeugt, daß die Kommission ausländischer Aerzte bei uns den möglichst freundlichen Empfang finden wird, und wünschen ihnen jeden Erfolg bei ihren Erforschungen, die, wenn wir unseren offiziellen Nachrichten Glauben schenken können, Europa vollkommen beruhigen werden, indem sie es beweisen, daß in Rußland keine Pest existirt und daß gegen die Verbreitung der in Wetljanka ausgebrochenen Epidemie die russischen Behörden alle nöthigen Maßregeln ergriffen haben.

Die Untersuchung der Frage von der Epidemie — sie mag nun einen Namen tragen, wie sie will — erfordert volle und allseitige Oeffentlichkeit und die weitgehende geistige Anstrengung der Spezialisten, die allein endgiltig entscheiden können. Wenn die Maßregeln, welche die Wiener Kommission zu ergreifen beschlossen hat, eine neue Aufklärung zur Folge haben werden — und unserem Dafürhalten nach erscheint das als unausbleiblich — so kann sich die russische Gesellschaft zu der Initiative, die sie in dieser Sache ergriffen, gratuliren und muß sie sich bemühen, den Delegaten der Kommission ihre Aufgabe nach Kräften zu erleichtern. Mögen die fremden Aerzte nach Rußland kommen, mögen sie die Sachlage genau untersuchen und klar stellen, die in Deutschland und Oesterreich unbegründeter Weise eine Panik hervorgerufen hat. Je schneller und umfassender sie diese ihre Aufgabe erfüllen werden, um so kürzer wird die Periode der Panik sein, die sich schon jetzt in einem neuen, unerwarteten Stocken unseres Courses kund thut. Irgend welche Empfindlichkeit in dieser, die ganze Menschheit interessirenden Angelegenheit erscheint uns durchaus nicht am Platze.“

Aehnlich läßt sich auch eine andere Zeitung, die „Nowosti“, vernehmen; doch mahnt sie schon zur Vorsicht und warnt die Westmächte, in ihren Maßregeln nicht zu weit zu gehen.

Recht erbauliche Empfindungen werden durch die Pest in dem „R. Mir“ erweckt. In seiner letzten Sonntagsnummer war an der Spitze des Blattes ein kurzer Leiter von etwa zwanzig Zeilen. Darin hieß es:

„Viele Krankheiten hat uns Europa gebracht; Gegengeschenk in der Form der Pest will es von uns nicht annehmen. Es würde jedoch vielleicht einigen Elementen dieses alten Sünders Europa nicht schaden, wenn sie der reinigenden Wirkung der alten Gottesgeisel unterworfen würden, die aus dem Schoße Asiens hervor in Epochen des moralischen Niederganges der Menschheit, in den Epochen des „Blutes und Eisens“, der Lüge und Ungerechtigkeit, der Verderbniß und der Korruption erscheint.“

Recht freundnachbarliche Wünsche in der That. Man ist versucht, sie scherzhaft zu nehmen, und doch sind es sehr ernsthafte Sonntagspredigten. Was meint wohl der „R. Mir“, daß wir unsererseits in Rücksicht auf diese Pest, die in Astrachan ist, wünschen sollten? Dem „R. M.“ ist es wohl leid, daß er die „Gottesgeisel“ über Europa nicht höchsteigenhändig schwingen kann. Es steckt allerdings recht wenig von europäischer Moral und Bildung in diesem Fluch gegen Europa.

Dem „Golos“ wird vom 26. telegraphisch der Ausbruch der Epidemie in der Slobode Sselitrjana, 100 Werst von Wetljanka, am linken Ufer der Wolga, gemeldet. Es ist dies der zweite Fall, daß die Pest von Wetljanka einen Sprung von 100 Werst gemacht hat.

— Aus Duisburg wird der „Hagener Volks-Zeitung“ geschrieben:

Die thatsächliche Zurücksetzung der deutschen Industrie bei ausländischen Submissionen wird von freihändlerischen Blättern gerne recht schonend behandelt, bei welchem Verfahren allerdings selten eine so interessante und lehrreiche Mittheilung zum Vorschein kommt, wie die folgende es ist:

Die englische Regierung schrieb unterm 27. Dezember v. J. eine Submission auf Brücken für die indischen Staatsbahnen aus, an welcher eines unserer leistungsfähigsten Werke, das bisher konsequent die englischen Rivalen in Holland aus dem Felde geschlagen hat, sich betheiligen wollte. Dasselbe ließ sich die Submissions-Bedingungen kommen, die, was Ansprüche an die Qualität des Materials und die Arbeit anbelangt, nicht im Entferntesten Schwierigkeiten darbieten; jedoch fand sich in denselben ein unübersteigliches Hinderniß in folgender Klausel vor: „Kein fremdes Eisen darf unter diesem Kontrakt verwandt werden.“ Diese Klausel widersprach zu sehr den Ansichten des betreffenden Reflektanten über englische Freihandels-Toleranz, namentlich da die Submission für Rechnung der englischen Regierung selbst war, welche bekanntlich jede Begünstigung fremder Industrien Seitens der eigenen Regierung als unseligen Irrthum charakterisirt und bekämpft, als daß derselbe sich dabei beruhigen konnte. Er wandte sich deshalb an ein englisches Haus um Vermittelung und erhielt darauf von letzterem folgendes Schreiben: „In höflicher Erwiderung Ihres Geehrten vom 2. Januar d. J. bedauern wir, Ihnen mittheilen zu müssen, daß das indische Gouvernement uns auf unsere speziellen Vorstellungen hinsichtlich der Wirksamkeit der Klausel über Ausschließung von fremdem Eisen leider beschieden hat, daß man in diesem Falle, auf Rath der betreffenden Ingenieure hin (sic!), davon nicht abstehen könne. Unter diesen Umständen ist es natürlich zwecklos, Ihnen die Zeichnungen zu besorgen. Wie wir glauben, kommt diese Klausel eben nur deshalb in Kraft, weil die hiesigen Etablissements alle so wenig beschäftigt sind, und man darum der allgemeinen Noth mit solchen Ordres etwas steuern will.“

Das betreffende Werk, dem dieses passirt ist, ist die Harkort'sche Brückenbau-Gesellschaft in Duisburg, und macht dieselbe aus der Sache durchaus kein Geheimniß.

Ausland.

Wien, 28. Januar. Auch heute noch hat das Publikum keine Ahnung davon, welche Personen berufen sein möchten, das scheidende Ministerium Auersperg zu ersetzen. Es ist möglich, daß Graf Coronini, der jetzt in erster Reihe genannt wird, die meisten Chancen hat. Man wird aber gut thun, auch seine Kandidatur einstweilen nur als solche zu nehmen. Die Schwierigkeit, welche von Anfang an der Neubildung des Kabinets entgegenstand, ist auch heute noch nicht gehoben. Es gilt eben, Männer zu finden, welche einerseits der Politik des Grafen Andrassy ihre volle Unterstützung zu leihen bereit sind, und andererseits fest zur Verfassung stehen.

Heute Abend trifft der Statthalter von Dalmatien, Feldzeugmeister Rodic, hier ein. Seine Ankunft dürfte mit der Wiederaufnahme der Berathungen des „Marschallsrathes“ über Bosnien in Verbindung stehen.

Daß der Erzherzog Albrecht, wie das Gerücht sagt, demnächst zur Inspektion der Truppen nach Bosnien sich begeben werde, ist höchst wahrscheinlich.

Paris, 30. Januar. Die wahre oder tiefere Krise herrscht unseres Bedünkens nicht sowohl im Elysee als im Schooße der Kammermajorität, wo Alles zu einer definitiven Abrechnung zwischen den gemäßigten Republikanern und den Radikalen zu drängen scheint. Die Letzteren brachten soeben durch Victor Hugo im Senat und durch Louis Blanc im Abgeordnetenhause folgenden Amnestie-Antrag ein, welcher voraussichtlich das Signal zum Bruche geben wird:

Die Kammer, es für angemessen erachtend, alle Spuren unserer Bürgerzwiste auszulöschen, beschließt:

Art. I. Alle Personen, welche wegen Handlungen, die mit dem Aufstande von 1871 zusammenhängen, verurtheilt worden sind, werden amnestirt.

Art. II. Die aus diesem Anlaß eingeleiteten Verfolgungen werden für null und nichtig erklärt.

Art. III. Dieses Gesetz findet auch auf Algerien und die Kolonien Anwendung.

Im Abgeordnetenhause hat diese Vorlage sofort bei ihrem Auftauchen 70 Unterschriften gewonnen. Daneben sollen die Abgeordneten Marmottan und Marcou Anträge auf eine beschränkte Amnestie einbringen, von der nämlich die wegen gemeiner Verbrechen Verurtheilten ausgeschlossen sein würden. Die Regierung endlich wird den in ihrem Programme angekündigten Gesetzentwurf betreffend die in contumaciam Verurtheilten auf den Tisch des Hauses legen und damit deutlich genug zu erkennen geben, daß sie zu keinerlei Amnestie die Hand bieten will. Wie sich Gambetta zu dieser Entscheidungsfrage stellte, weiß bis zur Stunde authentisch noch kein Mensch.

Wir stehen also nicht sowohl vor einer Mac Mahon-Krisis, als vor einer Gambetta-Krisis und noch genauer heißt der wahre Patient: Die Union der Linken. Wie dem aber auch sei, Frankreich steht abermals vor einem Scheidewege, und es scheint fast, als ob Diejenigen Recht behalten sollten, welche dieses vielgeprüfte Land noch immer nicht für fähig hielten, eine gemäßigt-republikanische Freiheit zu ertragen.

London, 29. Januar. Am 12. Februar wird das Parlament wieder zusammentreten. Eine feierliche Eröffnung wird nach dem „Daily Telegraph“ nicht stattfinden, eine Thronrede nicht gehalten werden. Die Regierung wird durch den Premier und den Schatzkanzler Erklärungen über ihre Politik abgeben und neue Vorlagen ankündigen. Es sind zunächst drei Fragen, welche das Parlament vorwiegend beschäftigen werden: der Nothstand in den Industriebezirken; die irische Universitätsfrage und die Erweiterung des Wahlrechts der ländlichen Bevölkerung. Die letzten Ministerberathungen sollen sich im Wesentlichen auf die irische Universitätsbill bezogen haben. Die Bill wird die Katholiken Irlands schwerlich befriedigen. Die zu begründende katholische Universität soll keine Staatsdotation erhalten; sie

wird im Grunde genommen nichts weiter sein, als eine vom Staate konzessionirte Hochschule mit dem Rechte, akademische Würden zu ertheilen an solche Hörer, welche sich vor einer gemischten, aus geistlichen und weltlichen, vom Staate ernannten Gelehrten bestehenden Kommission einer Prüfung unterzogen haben. Die bei dieser Prüfung vorzüglich bestanden haben, sollen vom Staate Preise erhalten. Die irischen Katholiken verlangen aber eine mit allen Rechten einer Staatsanstalt ausgestattete und aus Staatsmitteln zu erhaltende Universität, mit einer Anzahl von Colleges, wie sie die britischen Universitäten besitzen.

Konstantinopel, 29. Januar. Das Preßbureau veröffentlicht folgende Mittheilung:

Wenn die in letzter Zeit von der Regierung in Betreff des Papiergeldes ergriffenen Maßregeln noch nicht den Anklang gefunden haben, den man erwartet hat, so ist es nur dem Umstande zuzuschreiben, weil die große Zahl der Kaime's, welche täglich bei der ottomanischen Bank zum Umwechseln präsentirt werden, zu den für den Rückkauf ausgesetzten 4000 Livres in keinem Verhältniß stehen. Sobald erst das Vertrauen zu dieser regelmäßigen Operation vorhanden sein wird, wird auch der Kurs der Kaime's, welcher gegenwärtig ca. 450 steht, sich ganz von selbst verbessern. Diese Maßregel ist jedoch nur eine provisorische und hat den Zweck, der gänzlichen Entwerthung der Kaime's ein Ziel zu setzen. Die Regierung beschäftigt sich aber bereits mit anderen Projekten, um den vollständigen Rückkauf zu ermöglichen, und hat ihr Hauptaugenmerk auf die Reorganisation des Zollsystems gerichtet, um durch den Schatz eine solche Einnahme zu erzielen, die zur Einlösung des Papiergeldes genügen würde. Zur Durchführung dieser Maßregel gehört aber vor allen Dingen, daß die politischen Zustände sich erst klären, um der Regierung vollständige Freiheit im Handeln zu geben, sowie die Möglichkeit, sich ausschließlich den inneren Reformen zu widmen. Es scheint Alles einen zufriedenstellenden Ausgang zu nehmen, da der Separat-Vertrag mit Rußland auf dem Punkte steht, jeden Augenblick abgeschlossen zu werden.

— Wer beim Sultan in Gnaden bleiben will, muß „Geld in seinen Beutel thun". So hat sich z. B. die Stellung des Großveziers Khereddin Pascha in Folge einer verbürgten, aber wenig bekannten Thatsache bedeutend gebessert. Khereddin ist Gläubiger des Sultans geworden. In Anbetracht der im Palaste herrschenden Geldverlegenheit streckte er der Civilliste aus seinem Privatvermögen die Summe von 5 Mill. Francs vor. Eine etwas theure Ehre. Jedenfalls sieht man, wie hoch Khereddin Pascha seine Stellung schätzt.

Provinzielles.

Stettin, 31. Januar. Mit Rücksicht darauf, daß in vielen Fällen des Eisenbahntransports von Gütern die erfahrungsmäßig zur Abfertigung und Beförderung erforderliche Zeit die reglementsmäßig zulässige Lieferfrist weitaus nicht erreicht, hat der Handelsminister für die Staatseisenbahnverwaltung die Anordnung getroffen, daß versuchsweise im Verkehre zwischen einigen der wichtigeren Handelsplätze der wirklichen Transportdauer entsprechende „kürzere Lieferfristen" eingeführt und publizirt werden. Diese Maßnahme dürfte in den betheiligten Kreisen der Handelswelt mit Befriedigung aufgenommen werden. Hoffen wir, daß die inzwischen zu gewinnenden Erfahrungen eine weitere Ausdehnung gestatten.

— Nachdem die Revisions-Kommission der „National-Hypotheken-Credit-Gesellschaft", eingetragene Genossenschaft zu Stettin, die Bücher und Dokumente geprüft hatte, wurde in der heutigen Aufsichtsrathssitzung die Bilanz genehmigt und dem Vorstande Decharge ertheilt. Der Aufsichtsrath wird in der zum 28. Februar cr. einzuberufenden Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 10 pCt. für die Geschäftsantheile und 1/4 pCt. des Darlehns-Kapitals an die der Genossenschaft angehörigen Hypothekenschuldner beantragen.

— In der Nacht vom 29. zum 30. d. M. wurde in den Lastadie 97 belegenen Laden des Schankwirths Rubusch ein Einbruch verübt und ein Paar kalblederne Stiefeln, verschiedene Würste, Brode, Cognac, Rum, Kornbranntwein, sowie etwas Kupfergeld aus der Ladenkasse gestohlen.

— Der frühere Schiffskapitän, jetzige Portier David Dinse aus Grabow kam Ende 1873 zu dem Kaufmann S. Mendelsohn hierselbst und bat um ein Darlehn, welches er zum Einklagen einer größeren Forderung benutzen wolle. Dasselbe wurde ihm auch gewährt und nach kurzer Zeit kehrte er wiederholt wieder und bat um neue Darlehne, indem er dem Mendelsohn mittheilte, daß er den Prozeß einem Rechtsanwalt übergeben und in erster Instanz auch gewonnen habe. Mendelsohn gab ihm in Folge dessen im Ganzen 600 Thaler. Später stellte sich aber heraus, daß Dinse den Prozeß nie angestrengt habe, sondern nur vorgespiegelt, um die Darlehne zu erhalten. Deshalb war Dinse in der heutigen Sitzung der Kriminal-Deputation wegen Betruges angeklagt und wurde zu 6 Monaten Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt.

Züllchow, 31. Januar. Gestern veranstaltete die hiesige höhere Töchterschule ihr diesjähriges Winterfest in Seidel's Konzertsaal, zu welchem sich die Eltern und Verwandten der Kinder zahlreich eingefunden hatten. Nach einem Prolog und dem von einer Schülerin ganz korrekt durchgeführten Klaviervortrage von Laibach's „Théme allemand" begann das dramatische Singspiel „Ein Waldmärchen", in welchem Schülerinnen aus allen Klassen thätig waren und ihre Gesänge unter dem wiederholten Beifall der Zuhörer zum Besten gaben. Es war eine Lust, die lieben Kleinen zu beobachten, wie sie in dem stolzen Bewußtsein, daß an diesem Tage auf sie als „Künstler" Aller Augen gerichtet waren, mit tiefem Ernst ihre Vorträge hielten, welche sie so gut gelernt hatten, daß nicht eine Stockung eintrat. Nach dem Singspiel folgte noch ein Lustspiel, sowie Deklamationen der kleinsten Schüler. Den Schluß bildete ein Kinderkränzchen, an welchem aber auch bald „Vater und Mutter" lustig theilnahmen. Den Lehrerinnen der Anstalt gebührt für das mühevolle Einstudiren, sowie die Arrangements des Festes der größte Dank.

Stargard, 30. Januar. Heute Vormittag verhaftete die Polizei einen von der königlichen Staatsanwaltschaft in Stolp wegen dort begangenen Betrugs steckbrieflich verfolgten fliegenden Buchhändler. Bei der Besichtigung der von demselben vertriebenen Schriften befanden sich auch solche, welche theils verboten, theils ihres obskönen Inhaltes wegen demselben eine zweite Untersuchung eintragen dürfte.

Gollnow, 29. Januar. In der Nacht zum 26. d. Mts. fand in der Herberge bei Splinter (früher Zimmermann) unter den dort anwesenden Fremden eine arge Schlägerei statt. Die herbeigeeilten Polizei-Sergeanten Marschner und Freiwald arretirten die drei Hauptschläger. Da zwei derselben verwundet waren, wurden sie sofort zu Herrn Dr. Hahn geführt, der sie verband. Der dritte Schläger wurde vom Polizei-Sergeanten Freiwald in Beschlag genommen und fand sich bei demselben ein in Schiefer selbstgefertigter Stempel der Polizei-Direktion zu Stralsund vor. Alle drei Personen, ein Maurer, ein Arbeiter und der dritte ein gewesener Kaufmann, sind vorläufig in's Polizei-Gefängniß abgeliefert.

Greifswald, 30. Januar. Die hiesige Liederkrone hat sich an die Gesangvereine der benachbarten Städte mittelst Cirkular gewendet, in welchem sie zur Gründung eines „Neuvorpommerschen Sängerbundes" aufgefordert werden. Ferner beabsichtigt der Verein, im Laufe dieses Jahres ein allgemeines Sängerfest zu arrangiren, wie es vor zwei Jahren bei Gelegenheit des 25jährigen Stiftungsfestes der Liederkrone hier stattfand. Wir hoffen, daß es der Rührigkeit des Vereins gelingen möge, Beides zu Stande zu bringen.

Stralsund, 29. Januar. Nachdem Seitens des Kultusministers angeordnet ist, daß jüngeren Aerzten nach überstandener Staatsprüfung und vor dem Eintritt in selbstständige Praxis Gelegenheit geboten werde, ihre Kenntnisse durch ärztliche Thätigkeit in größeren Krankenhäusern unter Leitung erfahrener Anstaltsärzte zu vervollständigen und daß deshalb ihre Zulassung als Hülfsärzte in solchen Anstalten wünschenswerth sei, hat der Magistrat hierselbst sich bereit erklärt, junge Aerzte als Hülfsärzte unter Gewährung freier Wohnung für das unter der bewährten Leitung der Sanitätsräthe Dr. Hecht und Dr. Grünberg stehende Stadtlazareth anzunehmen.

Bublitz, 29. Januar. Am 23. d. M. wurde auf der Chaussee zwischen Gutzmin und Zeblin von Einwohnern aus dem Dorfe Cuzow ein ganz erstarrter Knabe aufgefunden und waren demselben beide Füße total erfroren. Derselbe gab an, daß er von seinen Eltern, den Steinschläger Düballschen Eheleuten, da er diesen nicht hat folgen können, zurückgelassen worden sei und eine Nacht im Freien zugebracht habe. Hoffentlich gelingt es der Staatsanwaltschaft, den Vater des Knaben zu ermitteln und denselben zur Verantwortung zu ziehen.

Vermischtes.

— Kurfürst Friedrich II. und eine — Schuhmacher-Rechnung. Welchen Sterblichen beschleicht nicht ein gewisses Unbehagen, wenn der Schuster mit ernster Miene ihm die unbezahlten Rechnungen präsentirt! Auf der Stirn des werkthätigen Mannes zeigen sich krause Falten; er will, er kann nicht länger borgen — kein Bitten hilft, kein Versprechen, er verlangt, daß die Sache per Kasse regulirt werde. Zu Nutz und Frommen der geängstigten Schuldner und zum Trost in so peinlicher Lage möge folgende Urkunde dienen, die Kurfürst Friedrich II. von Brandenburg seinem Schuhmacher als Schuldverschreibung für dessen Restforderungen übergab im Jahre des Herrn 1469. Die Urkunde lautet in neuhochdeutscher Version folgendermaßen: „Wir Friedrich, von Gottes Gnaden Kurfürst, des heiligen römischen Reiches Erzkämmerer, zu Stettin, Pommern, der Kassuben und Wenden Herzog, Burggraf zu Nürnberg, bekennen öffentlich mit diesem Brief, daß wir unserm Schuhmacher und lieben getreuen Kersten Falkenberg außer dem, was wir ihm bereits zugewiesen haben, bis auf den heutigen Tag noch schuldig bleiben 46 Schock Groschen und 6 Groschen. Die genannten Summen märkischer Währung sollen und wollen wir, unsere Erben oder Nachkommen ihm oder seinen Erben im nächsten Herbst wohl zu Dank bezahlen und ausrichten ohne Gefährde. Zu Urkund mit unserm aufgedruckten Insiegel versiegelt und gegeben zu Cölln an der Spree am Mittwoch nach Judica anno domini mellesimo quadringentesimo sexagesimo nono" (d. i. 22. März 1469.) — So zu lesen in Riedel's „Codex diplomaticus Brandenburgensis."

— Ueber den Nachlaß des verstorbenen Prinzen Heinrich der Niederlande verlautet nach der „Post", daß der versiegelte Nachlaß desselben noch nicht eröffnet ist und deshalb vielleicht noch testamentarische Anordnungen zu erwarten stehen. Einen außerordentlich liebenswürdigen Charakterzug weist das Verhalten der Prinzessin Marie auf. Als es nach dem Tode ihres Gemahls verlautete, daß derselbe kein Testament hinterlassen habe und sie also auf den Genuß ihres Witthums (im Betrage von 40,000 Thalern gleich 70,000 Gulden holl. und den Besitz eines Schlosses als Wittwensitz) angewiesen sei, soll sie geäußert haben: „Wir sind so bescheiden erzogen, daß der Luxus, welchen ich hier verlasse, mir nicht schwer zu entbehren ist."

— Im Newyorker „Lyceum" wird gegenwärtig ein Stück gegeben, in welchem ein Säugling eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Gewöhnlich pflegen in einem solchen Falle Direktion wie Publikum sich mit einer Puppe zu begnügen, aber hier hat man, wie im Zuschauerraum deutlich erkennbar, ein wirkliches lebendiges Kind vor Augen. Auffallend mußte es nun erscheinen, daß der kleine Akteur, unähnlich allen seinen Altersgenossen, niemals durch Schreien eine Störung hervorrief, und es entstand deshalb der Verdacht, daß das Baby allabendlich durch Mohnsaft oder sonst ein künstliches Mittel eingeschläfert werde. Dem zufolge richtete der Vorstand des Newyorker Kinderschutzvereins eine Beschwerde an die Polizei, welche auch die Sache untersuchte, aber keine Gelegenheit zum Einschreiten fand, da sich herausstellte, daß das Baby ganz aus freien Stücken seine stumme Rolle so konsequent durchführte. In der That ein phänomaler Säugling, dessen Verdienste übrigens von der Direktion nach Gebühr anerkannt werden, denn die Eltern des talentvollen Wickelkindes erhalten eine Gage von 10 Dollars wöchentlich.

— Eingeladene Künstler werden nicht selten mit der Bitte malträtirt: „Ach, spielen Sie uns doch etwas!" Nicht Jeder hat ein so kernhaftes Wort bei der Hand, wie der Geiger Ehrlich. Als der einst zum Thee geladen war und die Hausfrau mit der impertinenten Frage an ihn herantrat: „Warum haben Sie Ihre Geige nicht mitgebracht?" antwortete der Künstler barsch: „Weil meine Geige keinen Thee trinkt!"

Telegraphische Depeschen.

Stuttgart, 30. Januar. In der Kammer der Abgeordneten haben 13 Deputirte, welche der Volkspartei und den Ultramontanen angehören, den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, daß sie in Uebereinstimmung mit ihren bei Revision der Verfassung bekundeten Grundsätzen dem Gesetzentwurfe betreffend die Strafgewalt des Reichstages, der die würtembergische Verfassung und die Rechte des Reichstages gefährde, im Bundesrath nicht zustimmen möge.

Wien, 30. Januar. Die Regierung wird behufs Studiums der in Rußland ausgebrochenen Epidemie den Sanitäts-Referenten in Lemberg, Dr. Bieziadecki, und den Primärarzt des hiesigen Rudolfsspitals, Dr. Kiemann, nach Rußland entsenden. Heute hat im Ministerium des Innern eine Besprechung mit den Delegirten der rumänischen Regierung stattgefunden. Die Delegirten erklärten die Bereitwilligkeit der rumänischen Regierung, die bei den Kommissions-Verhandlungen empfohlenen Maßregeln durchzuführen

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg telegraphirt unterm 27. d. von daselbst: Die letzten offiziellen Nachrichten aus Astrachan vom 25. d. konstatiren nur einige wenige Erkrankungsfälle. Das Gerücht von dem Ausbruche der Krankheit in einem Hause in Petersburg und in Moskau ist vollkommen erfunden.

Wien, 30. Januar. Die „Pol. Korresp." meldet:

Aus Konstantinopel von gestern: Wie es heißt, wird nur die Anzeige Montenegros von der erfolgten Besetzung Podgoritzas erwartet, um zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rußland zu schreiten. Die Pforte hat die unverzügliche Zurückziehung der türkischen Besatzung aus Miridita und aus dem Lande der katholischen Albanesen anbefohlen.

Zum zweiten türkischen Kommissar für die Verhandlungen mit Griechenland ist Constant Pascha ernannt worden, Mukhtar Pascha hat ausgedehnte Vollmachten zur Verhandlung der schwierigsten Punkte mit Griechenland erhalten.

Brüssel, 30. Januar. In Folge des Ausbruches der Pest im Gouvernement Astrachan hat die Sanitair-Kommission der Schelde die Revision und die Quarantaine für alle Schiffe angeordnet, welche aus dem Schwarzen und Asow'schen Meere kommen.

Paris, 30. Januar. Eine offizielle Bekanntmachung verkündet die Demission des Marschalls Mac Mahon. Der Kongreß ist eingeladen worden, heute um 6 Uhr zu einer Sitzung zusammenzutreten.

Paris, 30. Januar. Das von dem Marschall Mac Mahon an die Präsidenten der beiden Kammern gerichtete Schreiben lautet wie folgt: „Bei Beginn der Session legte Ihnen das Ministerium ein Programm vor, von welchem, da es der öffentlichen Meinung vollständig Satisfaktion gab, das Ministerium annahm, daß es werde votirt werden können ohne Gefahr für die Sicherheit und die gute Verwaltung des Landes. Indem ich von jeder persönlichen Ansicht absah, hatte ich meine Zustimmung zu diesem Programm ausgesprochen, denn ich opferte kein einziges der Prinzipien, denen getreu zu bleiben mein Gewissen mir vorschrieb. Heute schlägt mir das Ministerium, indem es glaubt, der Meinung der Majorität der beiden Kammern entsprechen zu müssen, in Betreff der großen Militär-Kommandos generelle Maßregeln vor, die ich als den Interessen der Armee und folgeweise denen des Landes zuwiderlaufend erachte. Ich kann dieselben nicht unterschreiben. Jedes andere Ministerium, daß ich aus der Majorität der Kammer nähme, würde mir die nämlichen Bedingungen auflegen. Ich glaube demnach die Dauer meines Mandates abkürzen zu müssen, welche die National-Versammlung mir anvertraut hat und gebe meine Demission von dem Posten eines Präsidenten der Republik. Indem ich meine Gewalten niederlege, habe ich den Trost, mir daran zu erinnern, daß ich während der 53 Jahre, die ich dem Dienste meines Landes als Soldat oder Bürger geweiht habe, niemals von anderen Gefühlen, als von denen der Ehre, der Pflicht und der absoluten Ergebenheit gegen das Vaterland geleitet worden bin. Ich ersuche Sie, meinen Entschluß den Kammern mitzutheilen."

Paris, 30. Januar. Das Schreiben des Marschalls Mac Mahon an die Präsidenten der beiden Kammern erfährt allgemeine Billigung, die Minister erklären einstimmig, daß der Marschall in dem heutigen Ministerrathe eine ruhige, würdige und durchaus korrekte Haltung beobachtet habe. Insbesondere habe derselbe geäußert, daß er wünsche, sich in das Privatleben zurückzuziehen und daß er unter keinen Umständen zugeben werde, daß man seinen Namen zu irgend welchen Demonstrationen verwende, zugleich habe derselbe die heißesten Wünsche für das Wohl des Landes ausgedrückt.

Paris, 30. Januar. Die Demission des Marschalls Mac Mahon macht in Paris einen guten Eindruck. Das Publikum glaubt, daß in Zukunft kein Konflikt mehr stattfinden werde, und ist um so mehr zufrieden, als es fürchtete, daß der Marschall den Widerstand fortsetzen würde. Dufaure lehnt die Präsidentschaft ab; man versichert, daß er sich zurückziehen will, was aber nicht gewiß ist, da Grevy ihn erhalten wolle. Fast alle fremden Diplomaten waren in Versailles anwesend; die Mehrzahl derselben erklärt, daß ihre Regierung die neue Regierung acceptiren würde. Gambetta nimmt die Präsidentschaft der Deputirtenkammer an.

Versailles, 30. Januar. In einer Versammlung der Bureaux der Linken brachte Gambetta die Kandidatur Grévy's für die Präsidentschaft in Vorschlag und wurde dieselbe einstimmig angenommen.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer brachte der Präsident Grévy den Brief des Marschalls Mac Mahon, betreffend dessen Demission, zur Verlesung. Die Kammer nahm die Nachricht stillschweigend entgegen. Grévy theilte darauf mit, daß der Kongreß bereits um viereinhalb Uhr zusammentreten werde.

Versailles, 30. Januar. An der Sitzung des Kongresses, zu welchem der Senat und die Deputirtenkammer behufs der Wahl eines neuen Präsidenten der Republik zusammengetreten waren, nahmen 713 stimmberechtigte Mitglieder Theil, die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug 670, die absolute Majorität demnach 336 Stimmen. Von den abgegebenen Stimmen fielen 563 auf Julius Grévy, 99 auf General Chanzy, 43 Stimmzettel waren unbeschrieben oder ungiltig. Jules Grévy wurde alsbald unter stürmischem Beifall und unter Hochs auf die Republik zum Präsidenten der Republik für die nächsten 7 Jahre proklamirt. Dufaure wurde gleichfalls mit Beifallsrufen begrüßt, als er sich behufs der Abstimmung auf die Tribüne begab.

Nach der Wahl Grévy's zum Präsidenten der Republik hielten der Senat und die Kammern kurze Sitzungen ab, in denen sie von der Wahl Grévy's zum Präsidenten Akt nahmen. Die Kammer beschloß, morgen die Neuwahl ihres Präsidenten vorzunehmen.

Petersburg, 30. Januar. Die auswärts verbreitete Nachricht von einer Erkrankung des Reichskanzlers Fürsten Gortschakoff entbehrt nach von authentischer Seite ertheilter Auskunft jedweder Begründung; der Reichskanzler hat seit seiner Rückkehr aus dem Auslande sich unausgesetzt der besten Gesundheit erfreut und sein Befinden ist auch bis zur Stunde ein ganz vorzügliches.

Athen, 30. Januar. Regierungsseitig wird Folgendes verbreitet: Die türkischen Behörden haben den griechischen Kommissaren für die Grenzregulirung die Einfahrt in den Golf von Ambrakia, von wo aus sich dieselben nach Preveza begeben wollten, untersagt, unter dem Vorwande, daß kein griechisches Kriegsschiff in diesen Golf gelassen würde. Die Kommissare hatten indessen, um Schwierigkeiten zu vermeiden, das Kriegsschiff, auf welchem sie gekommen waren, bereits bei Leukadia verlassen, sich an Bord einer königlichen Yacht begeben und auf dieser die Fahrt fortgesetzt. Es steht sogar fest, daß die griechische Regierung von der Pforte die Versicherung erhalten hatte, daß Befehl ertheilt sei, diesem Schiffe die Einfahrt in den Golf von Arta zu gestatten. Die Kommissare begaben sich in Folge der Weigerung der türkischen Behörden mittelst einer Dampfbark nach Preveza, das an Stelle von Anino schließlich von Mukhtar Pascha für den Zusammentritt der Kommission gewählt worden war. In Preveza theilte Mukhtar Pascha den Kommissaren mit, daß ihr Fahrzeug in den Golf einlaufen könne. Die Kommissare sandten in Folge dessen die Bark nach Leukadia zurück, um ihrem Fahrzeug Mittheilung hiervon zu machen. Als jedoch die Bark zurückkehren wollte, wurde von dem Fort aus, welches den Golf verschließt, auf dieselbe geschossen und sie gezwungen, sich zu entfernen. Als die Kommissäre noch in Leukadia waren, schlug ihnen Mukhtar Pascha vor, ein türkisches Fahrzeug für die Ueberfahrt zu senden. Man nahm diesen Vorschlag an, aber das Fahrzeug kam nicht.

Todes-Anzeige.

Der Kaufmann

Hermann Wilke

verstarb gestern Abend 11½ Uhr nach langem schweren Leiden im Alter von 56 Jahren. Wir ehren in dem Verstorbenen einen Mann von seltener Pflichttreue, der sich in seinem Berufe als tüchtiger Kaufmann bewährt, auch an Bildung, Character und wahrer Humanität sich als einen braven Mann gezeigt hat. Der Verstorbene wird uns Allen daher unvergeßlich bleiben.

Stettin, den 31. Januar 1879.

Mehrere Freunde und Bekannte.